

Jahrbuch der
Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf

Heinrich Heine
HEINRICH HEINE
UNIVERSITÄT
DÜSSELDORF

2005/2006

Heinrich Heine

**Jahrbuch der
Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf
2005/2006**

**Jahrbuch der
Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf
2005/2006**

**Herausgegeben vom Rektor
der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Univ.-Prof. Dr. Dr. Alfons Labisch**

**Konzeption und Redaktion:
em. Univ.-Prof. Dr. Hans Süßmuth**

© Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2006
Einbandgestaltung: Wiedemeier & Martin, Düsseldorf
Titelbild: Schloss Mickeln, Tagungszentrum der Universität
Redaktionsassistentz: Georg Stüttgen
Beratung: Friedrich-K. Unterweg
Satz: Friedhelm Sowa, L^AT_EX
Herstellung: WAZ-Druck GmbH & Co. KG, Duisburg
Gesetzt aus der Adobe Times
ISBN 3-9808514-4-3

Inhalt

Vorwort des Rektors	11
Gedenken	15
Rektorat	17
ALFONS LABISCH (Rektor)	
Die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ist eine Forschungsuniversität ..	19
HILDEGARD HAMMER	
Der Bologna-Prozess – Chancen und Schwächen einer erzwungenen Studienreform	29
CHRISTOPH AUF DER HORST	
Das Studium Universale der Heinrich-Heine-Universität zwischen „akademeia“ und „universitas“	41
40 Jahre Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
HERMANN LÜBBE	
Universitätsjubiläen oder die Selbsthistorisierung der Wissenschaften	53
Medizinische Fakultät	
<i>Dekanat</i>	65
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i>	69
WOLFGANG H. M. RAAB (Dekan) und SIBYLLE SOBOLL	
Forschung und Lehre in der Medizinischen Fakultät	73
JÜRGEN SCHRADER	
Systembiologie – Neue Perspektiven für die Medizin?	79
ORTWIN ADAMS und HARTMUT HENGEL	
Husten, Schnupfen, Heiserkeit – Über alte und neue Respirationstraktviren	85
WILFRIED BUDACH und EDWIN BÖLKE	
Strahlende Zukunft – Radioonkologie 2010	103
HILDEGARD GRASS und STEFANIE RITZ-TIMME	
Frauen- und Geschlechterforschung, Gewaltopfer und Rechtsmedizin	107
GESINE KÖGLER und PETER WERNET	
Die José Carreras Stammzellbank Düsseldorf – Entwicklung, klinische Ergebnisse und Perspektiven	119

NIKOLAS HENDRIK STOECKLEIN und WOLFRAM TRUDO KNOEFEL Disseminierte Tumorzellen bei gastrointestinalen Karzinomen – Molekular- genetische Analyse der relevanten Tumorzellen zum Aufsuchen therapeu- tischer Zielstrukturen für effektive adjuvante Therapien	137
---	-----

Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

<i>Dekanat</i>	151
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i>	153
PETER WESTHOFF (Dekan) Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät – Der Weg im Jahr 2005	159
JÖRG BREITKREUTZ Arzneizubereitungen für Kinder	161
STEFAN U. EGELHAAF Weiche Materie – Treffpunkt von Physik, Chemie und Biologie	173
THOMAS HEINZEL Nanoelektronik und mesoskopischer Transport	185
MICHAEL LEUSCHEL und JENS BENDISPOSTO Das ProB-Werkzeug zur Validierung formaler Softwaremodelle	199
CHRISTINE R. ROSE Doppelt hält besser – Elektrische und chemische Signalgebung in Gehirnzellen	209

Philosophische Fakultät

<i>Dekanat</i>	227
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i>	229
BERND WITTE (Dekan) Die Philosophische Fakultät auf dem Weg in die entgrenzte Wissensgesellschaft	231
ANDREA VON HÜLSEN-ESCH, WILHELM G. BUSSE und CHRISTOPH KANN Das Forschungsinstitut für Mittelalter und Renaissance	237
SABINE KROPP Institutionenbildung in postsowjetischen Ländern – Entwurf eines Analysekonzepts	245
KARL-HEINZ REUBAND Teilhabe der Bürger an der „Hochkultur“ – Die Nutzung kultureller Infrastruktur und ihre sozialen Determinanten	263

SHINGO SHIMADA	
Wozu „Modernes Japan“? Zur Konzeptualisierung des Lehrstuhls „Modernes Japan II mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt“	285
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	
<i>Dekanat</i>	293
CHRISTOPH J. BÖRNER (Dekan)	
Bachelor und Master in der Betriebswirtschaftslehre – Der Düsseldorfer Ansatz	295
HEINZ-DIETER SMEETS und H. JÖRG THIEME	
Demographische Entwicklung und Globalisierung – Ökonomische Konsequenzen	311
HORST DEGEN und PETER LORSCHIED	
„Euro = Teuro“ – Lässt sich diese Gleichung statistisch belegen?	329
BERND GÜNTER und LUDGER ROLFES	
Wenn Kunden lästig werden – Kundenbewertung und Umgang mit unprofitablen Kundenbeziehungen durch Unternehmen	345
BERND GÜNTER	
Über den Tellerrand hinaus – „Studium laterale“	359
Juristische Fakultät	
<i>Dekanat</i>	367
HORST SCHLEHOFER (Dekan)	
Das Bachelor-Master-System – Ein Modell für die Juristenausbildung?	369
ANDREAS FEUERBORN	
Der integrierte deutsch-französische Studiengang der Juristischen Fakultäten der Université de Cergy-Pontoise und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	379
ULF PALLME KÖNIG	
Die rechtliche Einordnung der Kooperationsvereinbarung zwischen Uni- versität und Universitätsklinikum nach nordrhein-westfälischem Recht	387
Gesellschaft von Freunden und Förderern der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf e.V.	
GERT KAISER	
Die Freundesgesellschaft der Heinrich-Heine-Universität	401
OTHMAR KALTHOFF	
Jahresbericht 2005	405

Sonderforschungsbereiche der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

- CHRISTEL M. MARIAN und WILHELM STAHL
 Der Sonderforschungsbereich 663
 „Molekulare Antwort nach elektronischer Anregung“ 409

Forschergruppen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

- VICTORIA KOLB-BACHOFEN, MIRIAM CORTESE, JÖRG LIEBMANN,
 SABINE KOCH und NICOLE FITZNER
 Regulation der Entzündungsreaktion –
 Eine wichtige Rolle für Stickstoffmonoxid 421

- DIRK SCHUBERT und JOCHEN F. STAIGER
 Die Analyse von „Was“ und „Wo“ in neuronalen Netzen
 des primären somatosensorischen Kortex 433

Graduiertenkollegs der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

- OSWALD WILLI
 Das Graduiertenkolleg 1203
 „Dynamik heißer Plasmen“ 453

- AXEL GÖDECKE
 Proteininteraktionen und -modifikationen im Herzen –
 Das Graduiertenkolleg 1089 auf dem Weg
 in das postgenomische Zeitalter 459

Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Humanwissenschaftlich-Medizinisches Forschungszentrum

- DIETER BIRNBACHER
 Das Humanwissenschaftlich-Medizinische Forschungszentrum
 der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 475

- DIETER BIRNBACHER und LEONORE KOTTJE-BIRNBACHER
 Ethische Fragen bei der Behandlung von Patienten
 mit Persönlichkeitsstörungen 477

Biotechnologie – Ein gemeinsamer Forschungsschwerpunkt der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und des Forschungszentrums Jülich

- KARL-ERICH JAEGER
 Das Zentrum für Mikrobielle Biotechnologie 491

CHRISTIAN LEGGEWIE, THOMAS DREPPER, THORSTEN EGGERT, WERNER HUMMEL, MARTINA POHL, FRANK ROSENAU und KARL-ERICH JAEGER Molekulare Enzymtechnologie – Vom Gen zum industriellen Biokatalysator	501
JÖRG PIETRUSZKA, ANJA C. M. RIECHE, NIKLAS SCHÖNE und THORSTEN WILHELM Naturstoffchemie – Ein herausforderndes Puzzlespiel	519
Institute an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
<i>Institut für umweltmedizinische Forschung</i>	
JEAN KRUTMANN Das Institut für umweltmedizinische Forschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gGmbH	535
Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
<i>Düsseldorfer Institut für Dienstleistungs-Management</i>	
WINFRIED HAMEL Das Düsseldorfer Institut für Dienstleistungs-Management – Eine virtuelle Forschungseinrichtung	561
<i>Institut für Internationale Kommunikation</i>	
CHRISTINE SCHWARZER und MATTHIAS JUNG Universitätsnah wirtschaften – Das Institut für Internationale Kommunikation in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf e.V.	573
Zentrale Einrichtungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
<i>Universitäts- und Landesbibliothek</i>	
IRMGARD SIEBERT und CAROLA SPIES Aufbruch in die Zukunft – Der 94. Deutsche Bibliothekartag in Düsseldorf	589
<i>Universitätsrechenzentrum</i>	
STEPHAN OLBRICH, NILS JENSEN und GABRIEL GAUS EVITA – Effiziente Methoden zur Visualisierung in tele-immersiven Anwendungen	607

SABINE KROPP

Institutionenbildung in postsowjetischen Ländern – Entwurf eines Analysekonzepts¹

Institutionenbildung in Russland und in der Ukraine – regionale Politik als empirischer Ausgangspunkt für ein Analysekonzept

Das Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen war in vielen Transformationsländern Gegenstand konfliktreicher Aushandlungsprozesse. In Russland und in der Ukraine sind diese Entwicklungen bis heute nicht abgeschlossen; in beiden Ländern werden die politischen Institutionen fortlaufend umgeformt. Regionale Politik ist in beiden Ländern ein Zankapfel im Kampf um die innerstaatliche Machtverteilung geblieben, weshalb diese Großregion – wie eine Durchsicht der einschlägigen, mit Osteuropa befassten Fachzeitschriften belegt – von der empirisch orientierten Regionalforschung als Labor für vergleichend angelegte Untersuchungsdesigns verwendet werden kann. Die gegebene Kompetenzausstattung der regionalen Ebene und die Institutionenordnung des Regierungssystems sind Ausdruck der Machtverhältnisse zwischen konkurrierenden politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen und Interessen. Ein Vergleich der regionalen Institutionenentwicklung in Russland und in der Ukraine kann somit Einsichten bieten in die Regelungskraft formaler Institutionen und informaler Netzwerke und Regeln und, allgemein, in die bis heute schwierigen und unsteten Prozesse der Institutionenbildung in postsowjetischen Ländern. Es sollte zudem ein Anliegen einer konzeptionell angeleiteten Regionalforschung sein, diese Erkenntnisse ihrerseits wieder theoretisch aufzubereiten. Die Frage, wie das Verhältnis zwischen dem Zentrum und den Regionen in beiden Ländern im Laufe der vergangenen 15 Jahre ausgestaltet wurde,² bildet somit den empirischen Ausgangspunkt der nachfolgenden theoretischen Überlegungen.

In der Regionalforschung über Osteuropa dominiert bis heute ein empirisches Interesse an den Entwicklungen nationaler und regionaler Institutionen. Die theoretische Fundierung vieler Untersuchungen trat angesichts der beschleunigten Transformation und einer kaum überschaubaren Abfolge von Gesetzes- und Verfassungsänderungen sowie der ständigen Veränderung der Akteurskonstellationen lange Zeit in den Hintergrund. Allein die Beschaffung von Informationen und empirisch verwertbarem Material band einen Großteil der Forschungsressourcen. Dabei sind es gerade diese schnelle Abfolge von institutionellen Veränderungen und die Dominanz von strategischem, die Verfassungsordnung instrumentell betrachtendem Akteurshandeln, die erklärungsbedürftig sind.³ Zwar bedienen sich viele Studien durchaus verschiedener Grundideen des Neoinstitutionalismus, um

¹ Für Anregungen und Kommentare zu diesem Beitrag danke ich Agnes Gilka-Bötzow und Michael Baurmann.

² Vgl. Gilka-Bötzow und Kropp (im Druck).

³ Institutional designers „[...] would often seem most interested in the short-term consequences of their actions, long-term effects may be heavily discounted“ (Pierson 2004: 113).

Entwicklungen und Einzelereignisse theoretisch rückbinden zu können. Jedoch wurde bislang kaum der Versuch unternommen, die einzelnen Ansätze zu einem *framework* zusammenzubinden, das auf die schnell verlaufenden institutionellen Wandlungsprozesse angewendet werden kann. Oftmals beschränken sich Analysen darauf, pauschal die *legacies of the past* zu bemühen, die nun einmal in postsowjetischen Staaten notgedrungen „nomadische“ Akteure⁴ mit einem instrumentellen Verhältnis zur Rechtsordnung hervorbrächten. Eine solche Sichtweise würde aber nicht nur behaupten, dass die Defekte der postsowjetischen Staaten aufgrund des historischen Erbes nicht behebbar sind. Sie verschließt zudem allzu schnell den Blick vor tatsächlichen Anpassungs- und Entwicklungsprozessen.

Die nachfolgenden Überlegungen zielen darauf, die zumeist unverbundenen verschiedenen Stränge des Neoinstitutionalismus zusammenzuführen⁵ und anschließend mit einigen Überlegungen des so genannten „neuen“ Regionalismus zu kombinieren. Empirische Befunde werden dabei als Ausgangspunkt und ferner zur Illustration des Konzepts verwendet.

Vergleichsdesign als Ausgangspunkt für die Konzeptualisierung von Institutionenentwicklung

Der Vergleich von Russland und der Ukraine eröffnet die Möglichkeit, auf der Grundlage eines modifizierten *most-similar-cases-Designs*⁶ Hypothesen über die Bindekraft formaler Institutionen in solchen postsowjetischen Ländern herzuleiten, die nicht Mitgliedstaaten der EU geworden sind. Dass die baltischen Staaten aus der nachfolgenden Analyse über die Bindekraft regionaler Institutionen ausgeschlossen werden, liegt zum einen – ganz pragmatisch – daran, dass diese Länder zu den Kleinflächenstaaten zählen und regionale Aspekte der Institutionenentwicklung mithin keine zentrale Rolle spielen. Außerdem haben die beigetretenen Länder Mitteleuropas enorme Anstrengungen unternommen, um ihre Staats- und Wirtschaftsordnung an EU-Standards anzupassen. Sie konnten dafür schon lange vor der EU-Osterweiterung im Mai 2004 von der EU finanzierte Unterstützungsprogramme nutzen.

Russland und die Ukraine teilen eine lange gemeinsame politische Geschichte. Beide Länder sind durch das Erbe des sowjetischen zentralistischen Institutionensystems und von den Folgewirkungen der Planwirtschaft und ihren regionalen Fehlallokationen geprägt. Der ukrainische wie der russische Staat sind zudem durch erhebliche regionale Disparitäten und Asymmetrien gekennzeichnet. Die Regionen in beiden Ländern unterscheiden sich hinsichtlich ihrer geographischen, historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Merkmale sowie in ihrer ethnischen Zusammensetzung. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 schlugen nicht nur beide Staaten, sondern innerhalb der Staaten auch die Regionen unterschiedliche Entwicklungspfade ein, mit dem Ergebnis, dass der Demokratiegrad in beiden Ländern regional variiert.⁷ In Russland z. B. existieren neben Regionen, in denen die Demokratisierung vergleichsweise weit vorangeschritten ist, auch

⁴ Vgl. Rüb (1994: 128ff.).

⁵ Während manche Autoren die Eigenständigkeit des Historischen Institutionalismus betonen, sehen ihn andere als eine Art hybriden Ansatz, der sich aus verschiedenen institutionalistischen Strängen eklektizistisch bedient. Vgl. hierzu die Kontroverse zwischen Hall und Taylor (1996) und Hay und Wincott (1998).

⁶ Vgl. hierzu: Berg-Schlosser (2005) und Patzelt (2005).

⁷ Vgl. für Russland: Marsh (2000).

solche, die mehr oder weniger offene Autokratien sind. Große Ähnlichkeiten bestanden zudem bis zur Verfassungsänderung in der Ukraine im Jahre 2006 auch hinsichtlich des Institutionensystems: Sowohl Russland als auch die Ukraine entschieden sich in ihrer ersten Verfassung für den Semipräsidentalismus als Regierungsform, beide in der Variante des präsidentiell-parlamentarischen Systems⁸. Bis vor kurzem wurde außerdem in beiden Ländern nach einem Grabenwahlssystem verfahren, das Elemente der relativen Mehrheitswahl und der Verhältniswahl kombiniert und das über die Mehrheitswahlkomponente die Fragmentierung des Parteiensystems – und damit indirekt die Position des Staatspräsidenten gegenüber Regierung und Parlament – verstärkte, gleichzeitig aber auch unabhängige Kandidaten mit einer regionalen Machtbasis institutionell begünstigte.⁹

Bei der territorialen Organisation des Staatswesens trafen beide Staaten indessen eine gegenläufige institutionelle Wahl: Russland, das den Proto- bzw. Pseudoföderalismus der UdSSR und einen mehrstufigen Aufbau der kommunalen Verwaltungsstrukturen geerbt hatte, wurde seit 1991 sukzessive in einen „echten“ Bundesstaat mit insgesamt 89 – nach der Fusion des Gebiets Perm und der Republik Komi-Perm zum neuen Bezirk Perm im Dezember 2005 nun noch 88 – Föderationssubjekten umgewandelt. Ukrainische Politiker hingegen entschieden sich gegen eine föderale Lösung – mit aus ihrer Sicht guten Argumenten: Sie befürchteten, dass föderale Institutionen angesichts der in der Ukraine stark ausgeprägten regionalistischen Tendenzen separatistischen Bewegungen Vorschub leisten könnten. Somit blieb die Ukraine ein unitarischer Staat, der seinen Regionen – mit Ausnahme der Republik Krim – nur rudimentäre eigene Kompetenzen gewährt.

Trotz dieser gegenläufigen Ausgestaltung des Verhältnisses von Zentrum und Regionen war der *outcome*, d. h. die Ergebnisse regionaler Politik, in beiden Ländern bislang durchaus ähnlich: Regionale Machteliten verfügen aufgrund widersprüchlicher rechtlicher Regelungen und wegen der Schwäche des Zentralstaats über effektive Ressourcen, die es ihnen ermöglichen, sich zu mächtigen „Regionalfürsten“ aufzuschwingen. Erst in den letzten Jahren gelang es dem russischen Präsidenten Vladimir Putin, die Macht der Gouverneure zu beschneiden. Gleichzeitig kann man einen starken Einfluss informeller, klientelistischer Netzwerke auf die Struktur des politischen Prozesses und den *policy outcome* feststellen.¹⁰ Den regionalen Machthabern und wirtschaftlichen Akteuren stehen dabei keine starken zivilgesellschaftlichen Kräfte gegenüber, auch die orange Revolution in der Ukraine zeigt hier nur einen begrenzten Effekt. Viele Regionen sind somit dadurch gekennzeichnet, dass es außer den vertikal angelegten Elitennetzwerken keine funktionsfähige Repräsentation kollektiver Interessen gibt.¹¹

Wir haben es folglich mit einem *most-similar-cases-Design* (ähnliche kulturelle, historische und institutionelle Merkmale) mit *similar outcome* bei gleichzeitiger *Varianz regio-*

⁸ Zur Typologisierung vgl. Shugart und Carey (1992). Mit den Anfang 2006 in Kraft getretenen Verfassungsänderungen wurde das ukrainische Regierungssystem stärker parlamentarisiert, ist jedoch aufgrund der weiterhin „erheblichen Kompetenzen“ des Staatspräsidenten (Duverger) nach wie vor als semipräsidentiell zu bezeichnen.

⁹ Beide Länder sind nun zu einem reinen Verhältniswahlssystem übergegangen. In Russland wurde damit den regionalen Machthabern die Möglichkeit entzogen, eine parlamentarische Machtbasis zu entwickeln. Das neue Verhältniswahlsystem in der Ukraine sollte die Parteienlandschaft ebenfalls übersichtlicher gestalten und die Einflussnahme regionaler „Clans“ erschweren.

¹⁰ Vgl. z. B. für die Ukraine: Pleines (2003) und Pleines (2005).

¹¹ Vgl. Tatur (2004b).

ner Institutionen zu tun. Dieses Untersuchungskonzept legt die Hypothese nahe, dass der Wahl des *formalen* regionalen Institutionensystems eine geringe Erklärungskraft zukommt – ein aus der Sicht der Institutionentheorie erklärungsbedürftiger Befund. Offenbar scheinen die unitarische wie auch die föderale Organisation des Staatswesens keinen nennenswerten Effekt auf die fortwährende Existenz informaler Beziehungsmuster und vertikaler Netzwerke in Russland und in der Ukraine auszuüben. Aus diesen Gründen sollte eine Institutionenanalyse in beiden Ländern das vielschichtige Zusammenspiel von formalen Institutionen und informalen Beziehungsmustern konzeptionell fassen können. Wie Institutionen funktionieren, kann letztlich nur dann erfasst werden, wenn die Frage beantwortet wird, ob die informalen Regeln Verfassung und Gesetze stützen oder aber unterminieren.¹² Die nachfolgenden Überlegungen schließen sich dabei der Definition von Institutionen nach Douglass C. North an: Dieser unterscheidet formgebundene (formale) und formlose (informale) Institutionen; beide Typen wiederum werden von ihm als Regeln definiert.¹³

„Neuer Regionalismus“ und regionale Institutionendesigns

Das nachfolgend entwickelte *framework*, das eine Analyse des Verhältnisses zwischen der zentralstaatlichen und der regionalen Ebene in postsowjetischen Ländern ermöglichen soll, bezieht einige Überlegungen der neueren Regionalismusforschung ein. Diese hat in den vergangenen Jahren vermehrt Ideen zur sozialen Einbettung von Institutionen geliefert. Das Konzept des „alten“ Regionalismus betrachtete die regionale Ebene noch vornehmlich aus einer *top-down*-Perspektive. Regionen wurden als Objekt zentralstaatlicher Intervention interpretiert, die das langfristige Ziel verfolgte, regionale Disparitäten aus gesamtstaatlichen Stabilitätserwägungen heraus auszugleichen.

Für Vertreter des „neuen“ Regionalismus hingegen ist Regionalismus ein Konzept, das weit mehr als zentralstaatliche Eingriffe und den Ausgleich von Unzulänglichkeiten des Marktes umfasst.¹⁴ Der „neue“ Regionalismus bezieht seine theoretischen Versatzstücke aus sehr unterschiedlichen Quellen. Das Konzept bedient sich – mit durchaus positiver normativer Wertung – der Ideen des Sozialkapitals, der Konzepte eines „schlanken“ und „aktivierenden“ Staats sowie des Wettbewerbs zwischen verschiedenen regionalen Problemlösungen. Regionen sind damit erheblich mehr als subnationale Einheiten, um deren Entwicklung sich der Zentralstaat kümmern muss. Sie werden vielmehr, aus einer *bottom-up*-Perspektive heraus, als kommunikative Netzwerke und als Orte sozialer Interaktion interpretiert.¹⁵ Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, weshalb sich die Forschungsperspektive in den vergangenen Jahren verschoben hat – weg von der Organisation nationaler Regionalpolitik und hin zu den gesellschaftlichen Interaktionen innerhalb einer territorialen Einheit.

Seit den 1990er Jahren werden Erfolge in der regionalen Wirtschaftsentwicklung vermehrt mit der sozialen Einbettung (*embeddedness*) von Institutionen in Verbindung gebracht. Regionale Identitäten, interpersonales Vertrauen, Kommunikation und Netzwerke

¹² Vgl. Schulze-Fielitz (1984).

¹³ Vgl. hierzu: North (1992).

¹⁴ Vgl. Keating (1996: 17ff.).

¹⁵ Vgl. Tatur (2004a: 39).

gelten als notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Bedingungen für wirtschaftliche Modernisierung. Doch auch die Chancen auf eine erfolgreiche Demokratisierung und Konsolidierung junger Demokratien steigen offenbar, wenn positives Sozialkapital in einer Region vorhanden ist.¹⁶ Die Bandbreite und die Varianz von „Regionalismen“ sowie die Erfolgchancen regionaler Politik werden heute folglich nicht mehr vorrangig mit den institutionellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen erklärt. Vielmehr verweisen diese Konzepte auf den Entwicklungsstand der Zivilgesellschaft, auf kulturelle Ressourcen und auf historische Bedingungen als wichtige Erklärungsfaktoren.¹⁷

Nicht zufällig wurden Elemente des „neuen“ Regionalismus im Zuge der Systemwechsel implizit auf die politische Agenda osteuropäischer Staaten gesetzt. Mit dem Zusammenbruch der autoritären Regime mussten Planwirtschaft und autokratische Strukturen durch Marktwirtschaft und demokratische Verfahren ersetzt werden, die das politische System für die Partizipation konkurrierender Interessen und die Zivilgesellschaft öffnen sollten. Dabei stand die Frage im Vordergrund, wie die regionale Ebene am besten zu organisieren sei. Normative Theorien des Föderalismus sehen den Bundesstaat als die geeignete institutionelle Ordnung an, die ethnisch, sprachlich oder religiös fragmentierte Gesellschaften befrieden, dabei zentrifugal wirkende regionale Kräfte integrieren und gleichzeitig die Stabilität des Staats bewahren könne. Gleichzeitig schreiben manche Föderalismustheorien Bundesstaaten den Vorteil zu, Demokratie und persönliche Freiheit durch vertikale Gewaltenteilung nachhaltig sichern zu können. Kollektivistische Theorien wiederum weisen darüber hinaus auf die Stärkung der Identität von Minderheiten und ethnischen Gruppen als positiven Effekt föderaler Ordnungen hin.

Empirische Befunde bestätigen diesen Optimismus jedoch keineswegs.¹⁸ Politische und wirtschaftliche Eliten nutzen regionale Autonomierechte immer wieder, um vertikale Patron-Klient-Beziehungen und neopatrimoniale Seilschaften aufzubauen oder semi-autoritäre Herrschaftsformen zu installieren, die durch einen hohen Grad an Informalität gekennzeichnet sind und die rechtsstaatlichen Institutionen systematisch unterminieren.

Bezogen auf die Verbindung von regionaler Institutionenanalyse und „neuem“ Regionalismus bedeutet dies: Erstens begründet die Verlagerung von Kompetenzen auf die regionale Ebene nicht automatisch einen demokratischen Mehrwert. Zweitens zeitigen nicht alle sozialen Beziehungen einen positiven Effekt, selbst wenn sie Vertrauen zwischen den Akteuren in einer Region begründen. Auch vertikale klientelistische Beziehungen sind durch Vertrauen geprägt, sie behindern jedoch eine demokratische Konsolidierung aufgrund ihres exklusiven Zugangs zu Netzwerken und der durch sie begründeten Privatisierung öffentlicher Güter (Neopatrimonialismus). Solange gesellschaftliche Positionen in vertikalen Beziehungen dazu genutzt werden, um sich Vorteile im ökonomischen und gesellschaftlichen Verteilungs- und Stellungskampf zu verschaffen, und wenn gleichzeitig die Weiterentwicklung von Institutionen lediglich instrumentell betrieben wird, fördert dies die Konsolidierung dieser noch „defekten“ Demokratien nicht. Und drittens weist der „neue“ Regionalismus darauf hin, dass ein Analyserahmen, der die Institutionenbildung in postsowjetischen Gesellschaften zu fassen versucht, auch die soziale Einbettung von Institutionen berücksichtigen sollte.

¹⁶ Vgl. Marsh (2000: 196).

¹⁷ Vgl. Keating *et al.* (2003: 25ff.) sowie Tatur (2004a).

¹⁸ Vgl. z. B. Benz (2003); für Russland: Kropp (2005).

Methodische Aspekte

Aus einem solchen Untersuchungsdesign, das Institutionenbildung auf der Zeitachse untersucht, ergeben sich spezifische methodische Anforderungen. Die meisten Studien zum Regionalismus sind mit dem „*many variables, small n*-Problem“ konfrontiert.¹⁹ Da eine Vielzahl von möglichen erklärenden Variablen einbezogen werden muss, ist es „their interaction in space, not their individual impact, that best explains variation“²⁰. „Kontext“, „Geschichte“ und „Kultur“ werden als Schlüssel zum Verständnis regionaler Entwicklungen angesehen, weshalb in der Regionalismusforschung Fallstudien und die so genannten „dichten Beschreibungen“ (*thick descriptions*) dominieren. Dem entspricht auch der theoretische Zugang des Historischen Institutionalismus, der auf die Bedeutung von kontextabhängigen Erklärungen verweist.²¹ Folgt man diesem Ansatz, ist es fast unmöglich, die vielfältigen Konfigurationen von Regionalismus auf fallunabhängige Variablen herunterzubrechen.²²

Zwar dürfte es unumstritten sein, dass historische und kulturelle Gegebenheiten für das Verständnis von Regionalismen und der institutionellen Ausgestaltung des Verhältnisses von Zentrum und Regionen unentbehrlich sind. Diese Aussage trifft gerade auf den postsowjetischen Raum zu, wo der Transformationsprozess noch immer nicht beendet ist und wo informale Institutionen und das „Erbe der Vergangenheit“ die Entwicklung des Rechtsstaats unterlaufen. Allerdings münden die oft bemühten kulturellen und historischen Erklärungsversuche mitunter in vage Forschungsdesigns, mit denen beinahe alles gedeutet und doch nichts wirklich erklärt werden kann. Der russische Politikwissenschaftler Vladimir Gel'man fasst diese konzeptionelle Unschärfe pointiert zusammen: „If the legacy of the past, once established, matters forever, lazy scholars might repeat the same banal interpretations without considering a progression beyond such a legacy“²³. Daraus ergibt sich die Frage, auf welcher theoretischen Grundlage das viel zitierte „historische Erbe“ untersucht werden kann, wenn sich Analysen mit reinen Plausibilitätserwägungen nicht zufrieden geben wollen.

Das hohe Tempo, mit dem politische Akteure institutionelle Veränderungen in Transformationsländern vornehmen, verkompliziert eine variablenbasierte Forschung. Hierzu ein Beispiel: Der institutionelle Ordnungsrahmen, innerhalb dessen sich das Verhältnis zwischen Zentralstaat und Regionen bewegt, ist in postsowjetischen Ländern immer noch nicht konsolidiert. So wurde in Russland das Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen mehrfach von Grund auf umgeformt. Man kann also nicht von „dem“ Russländischen Föderalismus sprechen, da dieser im Laufe der vergangenen anderthalb Jahrzehnte verschiedene Stadien und insgesamt drei Föderalismustypen durchlaufen hat.²⁴ Heute sprechen manche Autoren bereits wieder von einem Pseudoföderalismus, da die Gouverneure vom Präsidenten ernannt werden und nicht mehr durch regionale Wahlen legitimiert sind. Die russischen Regionen weisen ihrerseits wiederum so unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Eigenheiten auf, dass jede Region ein eigenes „Puzzle“

¹⁹ Vgl. Lijphart (1971) und Sartori (1970).

²⁰ Keating *et al.* (2003: 18).

²¹ Vgl. Pierson (2004: 119ff.) und Thelen (1999: 377).

²² Vgl. Immergut (1997: 338).

²³ Gel'man (2004: 1023).

²⁴ Vgl. Kropp (2005: 288).

darstellt. Nicht zuletzt ist es alles andere als einfach, den zu untersuchenden *outcome* präzise zu definieren, weil dieser sich selbst ständig verändert: Vieles spricht also dafür, den Untersuchungsgegenstand in miteinander verbundene, aber jeweils einzeln zu untersuchende Sequenzen zu zerlegen.²⁵

Im Folgenden werden verschiedene neoinstitutionalistische Ansätze zu einem Analyserahmen verbunden, der einerseits zwischen formalen Regeln und informalen Beziehungsmustern und Regeln differenziert. Da die Institutionenordnung in postsowjetischen Ländern einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen ist und dieser Wandel hier selbst Untersuchungsgegenstand ist, gilt es andererseits gerade den Wandel zu konzeptualisieren. Manche institutionalistischen Ansätze gehen von der Annahme aus, dass Akteure immer dann auf informale Routinen und Austauschbeziehungen ausweichen, wenn die formalen rechtlichen Rahmenbedingungen nicht genügend Sicherheit produzieren und damit ihrer Aufgabe, Transaktionskosten zu senken,²⁶ nicht gerecht werden können.²⁷ Allein mit der Senkung von Transaktionskosten kann jedoch der Rückgriff von Akteuren auf informale Regeln und Netzwerke nicht hinreichend erklärt werden. Dies gilt gerade für die postsowjetischen Länder, wo die Akteure mit den politischen Institutionen und der Rechtsordnung ausgesprochen instrumentell verfahren. Akteure bedienen sich solcher Netzwerke und informaler Regeln auch deshalb, weil sie ihre Ziele so besser zu erreichen glauben als mit Hilfe formaler Institutionen. Dieses Argument gilt zumal dann, wenn sich die Verteilung der formalen Machtressourcen während der fortlaufenden Revisionsprozesse der politischen Ordnung einmal wieder zu ihren Ungunsten verändert hat. Solche Erfahrungen legen es Akteuren nahe, sich gerade nicht auf formale Institutionen zu verlassen, sondern auf informale Regeln zurückzugreifen und gleichzeitig zu versuchen, den politischen Ordnungsrahmen zu ihren eigenen Gunsten zu „korrigieren“. Es ist ferner ebenso wenig ausgeschlossen, dass Akteure formale Institutionen gezielt schwächen und damit absichtsvoll Unsicherheiten produzieren, wenn sie sich auf informale Netzwerke zurückziehen können, die ihnen im Kampf um die Machtverteilung mehr Erfolg versprechen.

Kombination des Historischen und des Ökonomischen Neoinstitutionalismus

Man unterscheidet heute, je nach Grad der Differenzierung, zwischen zwei, drei oder sogar vier verschiedenen neoinstitutionalistischen Schulen,²⁸ die jeweils unterschiedliche Annahmen über das Verhalten bzw. Handeln von Akteuren innerhalb eines institutionellen Umfelds treffen. Trotz ihrer Unterschiede teilen neoinstitutionalistische Ansätze die Annahme, dass individuelle wie kollektive Akteure ihre Ziele und Projekte innerhalb eines institutionellen Kontexts verfolgen, der sie in ihren Handlungen beschränkt oder Aktionen erst ermöglicht, der Anreize setzt und der ihre Präferenzen beeinflusst.²⁹ Diese Annahme trägt der Realität insofern Rechnung, als sich Akteure niemals in einem institutionenfreien Feld bewegt. Institutionen bieten und verteilen Machtressourcen zwischen

²⁵ Vgl. Punkt (3) im folgenden Kapitel.

²⁶ Vgl. North (1992: 32ff.).

²⁷ Vgl. Merkel und Croissant (2000).

²⁸ Vgl. Stack (1997), Hall und Taylor (1996) sowie Schulze (1997).

²⁹ Vgl. Goodin (1996: 19-21).

kooperierenden und konkurrierenden Akteursgruppen. Sie haben „historical roots, as artifactual residuals of past actions and choices“³⁰. Neoinstitutionalistische Ansätze nehmen also, anders als der traditionelle Institutionalismus, eine dezidiert akteurzentrierte Perspektive ein.

Je nach Untersuchungsinteresse gelten Institutionen entweder als abhängige oder als unabhängige Variablen. Wandlungsprozesse, wie sie bei der Analyse von Systemwechseln im Vordergrund stehen, sind zum einen am Zustandekommen von institutionellen Designs interessiert. Gleichzeitig jedoch können auch sie Institutionalisierungsprozesse nicht untersuchen, ohne ein schon bestehendes institutionelles Handlungsumfeld anzunehmen. Dieser Kontext übt seinerseits wiederum Einfluss auf den Prozess der Institutionenbildung aus, weil er Akteurshandeln mehr oder weniger formt. Historische Ansätze des Neoinstitutionalismus versuchen entsprechend, Institutionen in ein und derselben Studie sowohl als unabhängige wie auch als abhängige Variable zu betrachten, indem sie Akteure und Institutionen in eine diachrone Ordnung bringen.

Wie lässt sich das Verhältnis zwischen Akteuren und Institutionen nun so konzeptualisieren, dass ein geeigneter Analyserahmen entsteht, der auf Prozesse der Institutionenbildung in postsowjetischen Ländern angewendet werden kann? Im Folgenden werden in *vier Argumentationsschritten* zwei neoinstitutionalistische Ansätze – der historische und der ökonomische – miteinander verknüpft und schließlich mit Annahmen der neueren Regionalismusforschung verbunden.

(1) *Historischer Institutionalismus als Ausgangspunkt*: Ausgangspunkt ist der Historische Institutionalismus, der auf die langfristigen Effekte einer einmal getroffenen Institutionenwahl abhebt. Betrachten wir als Erstes die Kernaussagen dieser Spielart des Institutionalismus. Im Vordergrund des Ansatzes stehen formale Institutionen,³¹ und zwar aus weitgehend pragmatischen Überlegungen: Die historische Perspektive erschwert es beträchtlich, informale Regeln und Akteursbeziehungen aus dem Quellenmaterial herauszuarbeiten, wenn Akteure nicht mehr als Zeitzeugen zur Verfügung stehen. Institutionen weisen, dies zeigen diachrone Untersuchungen,³² eine beachtliche Stabilität auf: Ist ein institutioneller Pfad erst einmal eingeschlagen, legt er Anreize und Machtstrukturen fest, die nur mit großem Aufwand wieder neu justiert werden können. Selbst wenn eine institutionelle Ordnung nur in Teilen reformiert wird, fallen dabei beträchtliche Kosten an. Die Akteure müssen sich in aufwändigen Verfahren auf neue Institutionen einigen, wofür sie Informationen beschaffen und auswerten, Zeit aufwenden, Verhandlungsgeschick einsetzen und Vetogruppen überzeugen müssen. Wie institutionelle Neuordnungen tatsächlich wirken, kann zudem nicht sicher prognostiziert werden. In komplexen politischen Systemen ist die Wirkungskette zwischen einer Entscheidung und dem *outcome* aufgrund vielfältiger intervenierender Einflüsse oft kaum erkennbar. Politische Akteure scheuen der Theorie des Historischen Institutionalismus zufolge deshalb die Kosten und die Unsicherheit von weitreichenden Reformen; sie vermeiden radikale institutionelle Pfadwechsel.

Institutionen sind relativ beständig, da sie so genannte *sunk costs*, d. h. wechselseitige Erwartungen, geteilte Interpretationen und einen Vorrat an ehemals mühsam aufgesammelten Informationen, in sich bergen. Die Chancen, dass eine Institutionenpolitik völlig neue

³⁰ Goodin (1996: 19).

³¹ Vgl. Pierson (2004) und Thelen (1999).

³² Vgl. Immergut (1992).

Wege beschreitet, sind demzufolge eher gering. Pfadwechsel erfolgen ehestens, wenn externe Krisen dies unumgänglich machen. Der politische Normalfall ist deshalb, so eine der Kernaussagen des Historischen Institutionalismus, dadurch geprägt, dass institutioneller Wandel inkrementell, d. h. schrittweise und nicht in großen Sprüngen erfolgt. Verfechter des Ansatzes betonen folglich die Bedeutung der Pfadabhängigkeit, d. h. der Beobachtung, dass „decisions are constrained by previous ones, implying that change will be gradual and that different societies can remain on different trajectories even when faced with the same external pressures“³³. Institutionen wechseln ihre Gestalt demzufolge meistens nur dann, wenn krisenhafte Zuspitzungen dies erfordern.

Taugt der Historische Institutionalismus aber überhaupt für unsere Analysen, wenn er sich wesentlich auf die Erklärung der *Stabilität* von Institutionen bezieht und sich – schon aufgrund seiner konzeptionellen Fokussierung – weniger für ständige instrumentelle Umformungen der politischen Ordnung interessiert? Man könnte es sich an dieser Stelle leicht machen, indem man schlicht darauf verweist, dass krisenhafte Zuspitzungen, wie sie in Transformationsprozessen gegeben sind, auch nach diesem theoretischen Ansatz zu Pfadwechseln führen können. Außerdem dürfte es unmittelbar einsichtig sein, dass formale Institutionen, die nicht lange existieren, noch gar nicht zählebig sein können und die Rede von den *sunk costs* somit in unserem Fall ohnedies in die Irre führt. Insofern bliebe einfach hervorzuheben, dass neue formale Institutionen einen lediglich begrenzten Einfluss auf den in beiden Ländern ähnlichen *outcome* haben können – die Pfade seien mithin noch nicht erkennbar. Der Historische Institutionalismus taugt aber sehr wohl für unsere Überlegungen, wenn wir uns aus der Engführung und Konzentration auf formale Institutionen befreien und auch informale Beziehungen und Regeln die Fähigkeit zuschreiben, Pfadabhängigkeiten zu produzieren.

(2) *Zählebigkeit informaler Institutionen und Netzwerke*: Argumentationsmuster, die, ohne eine historische Perspektive weiter in Variablen zu zerlegen, pauschal das „Erbe der Vergangenheit“ oder „Kultur“ als Residualkategorie für all das heranziehen, was anderweitig nicht erklärt werden kann, sollten für unser Forschungsdesign vermieden werden. Daher werden in einem zweiten Schritt die oben modifizierten Überlegungen zum Historischen Institutionalismus nun durch Elemente des Ökonomischen Institutionalismus ergänzt. Douglass C. North (1992) folgend, lassen sich formale Institutionen, also Verfassungen, Gesetze und andere geschriebene Regeln, von formlosen, informalen Regeln unterscheiden, die nicht auf einem geschriebenen Vertrag, sondern auf stillschweigenden Vereinbarungen gründen. Da solche Regeln gesellschaftlich zumeist tief verwurzelt sind und über lange Zeiträume entstandene Gewohnheiten widerspiegeln, sind sie nur langsam veränderbar – langsamer jedenfalls als formale Regeln, die durch den Willen politischer Akteure grundsätzlich gestaltet werden können. Sie erweisen sich im Gegensatz zu einer fragilen politischen Ordnung häufig als erstaunlich langlebig und überlebensfähig.³⁴ Sie bieten rational handelnden Akteuren damit nicht nur eine vergleichsweise besser berechenbare Handlungsressource. Sie werden überdies genutzt und stabilisiert, um im Verteilungs- und Machtkampf um formale Institutionen strategische Vorteile zu erzielen. Demzufolge

³³ Keating *et al.* (2003: 23).

³⁴ Vgl. Merkel und Croissant (2000) sowie Gel'man (2004: 1027-1029).

können auch die *legacies of the past*³⁵ als strategisches Handeln konzeptualisiert werden; sie werden somit zu mehr als nur zu einem vagen analytischen Bezugsrahmen.

Ich wende die Trennung von formgebundenen und formlosen Institutionen nun auf die Logik eines sich rasch vollziehenden Transformationsprozesses an: Während formale Institutionen, d. h. Verfassung und Gesetzgebung, im Zuge eines Systemwechsels schnell und umfassend verändert werden (müssen), sind informale Institutionen oft wesentlich zählebiger. Im Ergebnis entsteht eine Art *time-lag* zwischen der Entwicklung formaler und informaler Institutionen: Die neu installierten formalen demokratischen Institutionen, die den Übergang zur Demokratie sichern sollen, entfalten häufig zumindest in einer Übergangsphase eine nur schwache Bindekraft – zumal dann, wenn Akteure sie auf der Grundlage kurzfristiger Ziele instrumentalisieren und sie deshalb Gegenstand fortlaufender „Umbauten“ im politischen System sind. In dieser Übergangszeit entsteht eine Situation, in der Akteure auf informale Regeln zurückgreifen, die im Widerspruch zu demokratischen Institutionen stehen können. Studien über das institutionelle Umfeld von Organisationen betrachten formale Institutionen sogar lediglich als „Mythos“, der eine informale Praxis verdeckt und dem Handeln von Akteuren deshalb lediglich Legitimität nach außen verschafft.³⁶ In postsowjetischen Staaten wird die schwache Prägekraft von Institutionen noch dadurch vermindert, dass viele Gesetze und sogar die Verfassung widersprüchlich formuliert sind, keine logische Subsumtion zulassen und den Akteuren somit zahlreiche Schlupflöcher bieten.³⁷ Solche instabilen Rechtsordnungen statten politische Akteure und Beamte mit Ressourcen aus, aufgrund derer sie in der Lage sind, „to grant or demand favors, to bribe and blackmail“³⁸, sprich: Sie leisten vertikalen gesellschaftlichen Beziehungsmustern geradezu Vorschub.

Ich fasse die bisherige Argumentation zusammen: In den vergangenen Jahren stellten formale Regeln in postsowjetischen Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Akteure eine permanente Quelle von Unsicherheit dar; sie waren Objekt eines strategischen Machtkampfes. Diese Unsicherheiten können – entgegen den Annahmen der Transaktionskostentheorie – nun aber durchaus von Vorteil für die Akteure sein, wenn der Rückgriff auf informale Beziehungsmuster und Regeln kurzfristige Vorteile und eine für sie besser geeignete Handlungsgrundlage verspricht. Die Akteure werden vor diesem Hintergrund eher dazu tendieren, ihre informalen Machtressourcen zu pflegen, als der formalen politischen und rechtlichen Ordnung Folge zu leisten. Ist dies der Fall, werden Pfadabhängigkeiten in der Tat eher durch informale als durch formale Institutionen erzeugt. Haben diese informalen Regeln ihre Wurzeln in der autokratischen Vergangenheit und sind sie durch einen exklusiven Zugang und von vertikalen Seilschaften geprägt, so sind sie mit demokratischen Normen kaum vereinbar.

(3) *Zeitabhängige Konstellationen*: In einem dritten Schritt wird nun die Bedeutung des Faktors „Zeit“ weiter konzeptionell gefasst. Einfach formuliert, gehen *rational-choice*-Theorien von der Annahme aus, dass Individuen auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Rechnungen ihre Präferenzen festlegen und anschließend entscheiden. Neoinstitutiona-

³⁵ Siehe hierzu: Crawford und Lijphart (1995).

³⁶ Vgl. hierzu: Meyer und Rowan (1991).

³⁷ Vgl. Gel'man (2004).

³⁸ Tatur (2004b: 362).

listen betrachten Institutionen in diesem Kontext als ein Mittel, um die dem politischen Prozess eigene Unordnung einigermaßen zu strukturieren.

Organisationstheorien haben die Bedeutung von Unordnung, von Kontingenz und von zeitabhängigen Entscheidungen mit der Metapher des so genannten *garbage can* gefasst. Dieser „Mülleimer“, der als Pool für Entscheidungen interpretiert wird, beinhaltet zu einem gegebenen Zeitpunkt ein kontingentes und ungeordnetes Set von Akteuren, Problemen und Lösungen.³⁹ Ordnung wird demzufolge nicht durch die unsichtbare Hand strategischen Akteurshandelns hergestellt, sondern durch Institutionen, die in der Lage sind, die einzelnen Elemente des politischen Prozesses in eine Struktur zu bringen. Ähnlich argumentieren politikwissenschaftliche Kontingenztheorien, z. B. das *multiple-streams*-Konzept in der neueren Policy-Analyse. Dieser Ansatz geht davon aus, dass Probleme, die gegebene Unterstützung in der Bevölkerung (*national mood*) sowie Policy-Optionen und Ideen zu einem bestimmten Zeitpunkt zusammentreffen und gekoppelt werden müssen, damit sich ein Gelegenheitsfenster (*window of opportunity*) für politisches Handeln öffnet.⁴⁰ Nutzen politische Unternehmer⁴¹ diese Chance nicht rechtzeitig, schließt sich das *window of opportunity* wieder, und die Möglichkeit, den Wandel zu gestalten, verstreicht ungenutzt. Das zeitlich definierte Zusammentreffen unterschiedlicher Bausteine eines Entscheidungsprozesses wird somit zu einem wichtigen Faktor, um Institutionenwandel erklären zu können – gerade im oft unübersichtlichen Transformationsprozess.

Übertragen wir nun wieder die bisherigen Überlegungen auf diesen Aspekt, der auf die durch einen engen Zeitrahmen abgesteckten Handlungsressourcen abhebt. Wir können annehmen, dass es voraussichtlich weniger die formalen als vielmehr die informalen Institutionen und Beziehungsmuster sind, die die Aufgabe des Strukturierens und Sortierens im politischen Alltag übernehmen.

Gleichzeitig jedoch wurde die alte politische Ordnung im Zuge der Transformation nicht in einer historischen Stunde null komplett abgeschafft. Teile dieser alten Ordnung verbanden sich vielmehr, wie Stack in seiner Studie zur regionalen Institutionenentwicklung betont, „with improvisations to form a new order“⁴². Gesetze wurden, als Antwort auf krisenhafte Situationen, hektisch und ohne „Masterplan“ ständigen Veränderungen unterworfen, Handlungsstrategien wurden diktiert „by what is at hand rather than what is optimal“⁴³ – und, so müsste man hervorheben, nach Maßgabe der gerade gegebenen Machtverteilung. Derart kurzatmig geschaffene Institutionen erweisen sich selten als stabil, sie bleiben vielmehr Objekt von strategisch motivierten Aushandlungsprozessen. Ihre Gestalt und Funktionsweise sind abhängig von der kontingenten und zeitabhängigen Verteilung von Machtressourcen. Dieses Argument weist darauf hin, dass im Laufe eines derart kurzatmig verlaufenden Transformations- und Konsolidierungsprozesses durchaus Entwicklungspfade „einrasten“ können, die eine nicht-effiziente, „suboptimale“ Politik dauerhaft produzieren.

Abbildung 1 kombiniert Annahmen des Historischen und des Ökonomischen Neoinstitutionalismus. Sie zeigt, auf welche Weise formale und informale Institutionen aufeinander

³⁹ Vgl. March und Olsen (1989).

⁴⁰ Vgl. Kingdon (²1995) und Zahariadis (1999).

⁴¹ Vgl. auch: Pierson (2004: 136f.).

⁴² Stack (1997: 12).

⁴³ Stack (1997: 12).

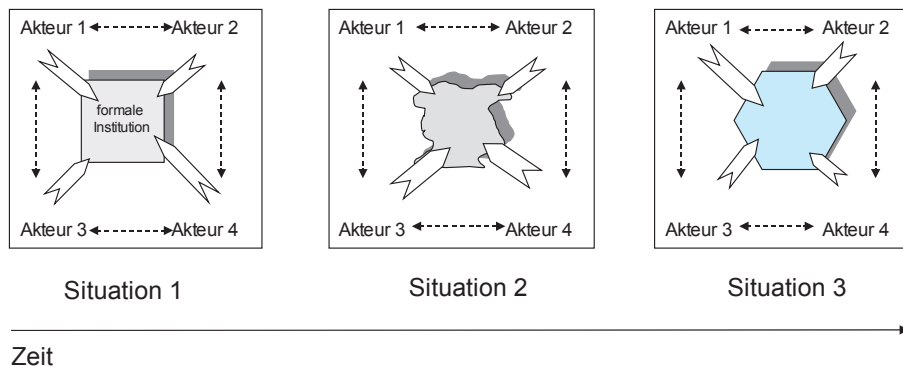


Abb. 1: Zusammenwirken formaler und informeller Institutionen

der bezogen sind. Um die zeitliche Dimension zu veranschaulichen, wurde der Prozess der Institutionenbildung in eine Serie von abgrenzbaren Handlungssituationen zerlegt. Diese sind jeweils durch ein im Kern kontingentes Set von miteinander verwobenen Akteuren, Institutionen, Problemen und Lösungen charakterisiert. Akteure, die über Handlungsressourcen verfügen, sind grundsätzlich in der Lage, diese verschiedenen Elemente in eine Ordnung zu bringen. Da diese Akteure nicht nur durch formale, sondern auch durch informale Regeln und stabile Netzwerke miteinander verbunden sind (hier abgebildet durch gestrichelte Pfeile) und die formale politische Ordnung gleichzeitig in sich widersprüchlich und instabil ist, sind formale Institutionen als Objekte von Aushandlungsprozessen dargestellt. Wie diese ausgestaltet sind, ist abhängig von der zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebenen Verteilung der Machtressourcen; die formalen Institutionen befinden sich nicht im Gleichgewicht.

Die sich verändernde formale politische Ordnung wird in Abbildung 1 durch unterschiedliche Konturen verdeutlicht. Einmal etabliert, führen die im Transformationsprozess neu installierten formalen Institutionen zu einer Machtverschiebung und Reallokation von Ressourcen; anschließend beginnt eine neue „Spielsituation“.

Nehmen wir zuerst ein *positives Entwicklungsszenario* an: Im Laufe der Zeit würden einem solchen Szenario zufolge die Transaktionskosten kumulieren, die für die permanenten Änderungen des Status quo aufgewendet werden müssen. Ständige Veränderungen des Institutionengefüges stellen einen Kraftakt dar, den auch die politischen und wirtschaftlichen Akteure nicht auf Dauer leisten können. Auf lange Sicht könnte die Bindekraft formaler Institutionen deshalb im Zuge eines fortschreitenden Lernprozesses zunehmen, was in Abbildung 1 wiederum durch die in Situation 3 stärkeren geometrischen Formen der formalen Institutionen angedeutet ist. Wir erklären institutionelle Stabilität aber eben nicht nur durch das Transaktionskostenargument: Während des Prozesses der Institutionenbildung müssen im positiven Entwicklungsszenario deshalb ebenfalls Lösungen für die Gestaltung der politischen Ordnung gefunden werden, von denen die unterschiedlichen Akteursgruppen annehmen können, dass sie auf Dauer die unterlegene Minderheit nicht einseitig benachteiligen, sie selbst zur Mehrheit werden können und dass Institutionen somit eine „Tyrannei der Mehrheit“ auszuschließen vermögen.⁴⁴

⁴⁴ Fraglich ist in diesem Zusammenhang, ob man allein durch klug gestaltete Institutionen eine gerechte Ordnung

Es gibt aber hinreichend Gründe, auch das *pessimistische Szenario* für nicht unwahrscheinlich zu halten. Dieses geht davon aus, dass die Dominanz informaler Institutionen und ein instrumentelles Verhalten gegenüber formalen Institutionen nicht als vorübergehende Defekte postsowjetischer Staaten bewertet werden können, sondern ein langfristig wirkendes Merkmal politischer Ordnungen sind.⁴⁵ Das letzte Bild in Abbildung 1 würde demnach weiterhin keine geometrischen Formen aufweisen. Doch welche theoretischen Argumente können dafür angeführt werden, dass formale Institutionen wahrscheinlich nicht erstarken? Ausgangspunkt des hier beschriebenen Analyserahmens war, dass der Rückgriff auf informale Institutionen und Netzwerke und die damit einhergehende Unterminierung der formalen politischen Ordnung mit strategischem Handeln zu erklären sind. Das negative Szenario betont letztlich implizit, dass die formalen Institutionen nicht in der Lage sind, geeignete Anreize zu schaffen. Sie werden von Bürgern und von Eliten nicht als effiziente Mittel zur Problemlösung anerkannt. Dies kann somit einer ungünstigen Institutionenwahl geschuldet sein, die bei einzelnen Akteursgruppen Befürchtungen hervorruft, dass sie als Minderheiten dauerhaft strukturell benachteiligt werden. Überlebensfähige informale Beziehungsmuster, die Variationen von Gesetzen und Verfassungen überstehen, können dann in der Tat nicht nur vorübergehende Regelungskraft entfalten, sondern langfristig Pfadabhängigkeiten begründen.

Die empirischen Befunde sprechen bislang eher für die zweite Option. Solange politische Akteure, wie bislang z. B. in der Ukraine, damit rechnen müssen, dass die mit ihnen konkurrierenden Kräfte ihnen, sobald sie im politischen Wettbewerb obsiegen, den Zugang zu wirtschaftlichen und politischen Ressourcen beschneiden, werden sie einer nur abstrakten „gerechten“ institutionellen Lösung kaum zustimmen. Sie werden vielmehr versuchen, den Status quo sobald als möglich wieder zu ihren Gunsten zu ändern. Als Ergebnis lässt sich z. B. für die Ukraine in der Tat ein äußerst wechselvoller und intensiver Kampf um die Verfassungsordnung feststellen. Angesichts des noch fragilen Zustands der Demokratieentwicklung in Russland und in der Ukraine ist es ferner ebenso denkbar, dass eine Akteursgruppe das Agenda-Setting der Institutionenpolitik dominiert, den Machtkampf gewinnt und die Entwicklung dann in ein (vorübergehendes?) Gleichgewicht mündet. Konkurrierende Minderheiten können dadurch durch eine gezielte „Do-ut-des-Politik“ der herrschenden Gruppe in die strukturelle Mehrheit integriert werden. Institutionen befänden sich dann zwar eventuell im Gleichgewicht, ihre demokratische Qualität bliebe gleichwohl fragwürdig. Derlei Tendenzen gibt es durchaus: So hat der russische Präsident Vladimir Putin durch Veränderungen und Reformen des Föderationsrates sowie des Wahl- und des Parteiengesetzes die regionale Machtbasis der Provinzfürsten seit seinem Amtsantritt erfolgreich zu seinen Gunsten beschnitten. Indem Putin die Unfähigkeit der Gouverneure zu kollektivem Handeln nutzte und ihnen gleichzeitig selektive Anreize, wie eine dritte Amtszeit, anbot, ist es ihm gelungen, viele der regionalen Machthaber mittlerweile in das Lager des Präsidenten zu integrieren. Sie stimmten im Gegenzug sogar einer Neuregelung zu, nach der sie nicht mehr direkt gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt werden.⁴⁶

installieren kann oder ob es nicht auch moralischer Motivationen von Individuen bedarf, um dauerhaft stabile und Minderheiten nicht benachteiligende Institutionen zu schaffen; vgl. hierzu: Baumann (2004).

⁴⁵ Vgl. Gel'man (2004: 1036).

⁴⁶ Vgl. Gilka-Bötzow und Kropp (im Druck).

Dass die Verfassungsordnung und politische Institutionen selbst Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen zwischen den konkurrierenden, mit Macht ausgestatteten Gruppierungen sind, weist zwar darauf hin, dass diese die formalen Institutionen durchaus als Machtressource ansehen. Allerdings verhalten sich die Eliten, zumal in der Ukraine, zur institutionellen Ordnung bislang äußerst instrumentell: Sie weisen ihnen weniger eine überpersonale Ordnungsfunktion zu, sondern nutzen sie, ganz im Sinne einer neopatrimonialen Privatisierung öffentlichen Eigentums, als Grundlage für die Sicherung ihrer persönlichen Ressourcen. Bei Wahlen geht es für die beteiligten Akteure dann in der Tat um alles oder nichts: um die Sicherung politischer Macht und um persönliche Privilegierung gleichermaßen. Anders als in Russland lassen sich die unterlegenen Akteure in der Ukraine nicht einfach in eine Präsidentenpartei integrieren: Die, trotz mancher Aufweichungstendenzen, noch immer bipolare regionale sprachliche und ethnische Fragmentierung des Landes lässt eine solche Inklusion nicht zu, ebenso wenig die Anwendung der Mehrheitsregel. Geeignet scheinen daher im ukrainischen Fall eher Macht teilende formale Institutionen.

Letztlich ist es noch zu früh für einen abschließenden Praxistext, da die Phase der institutionellen Konsolidierung nicht abgeschlossen ist. Beide Szenarien sind grundsätzlich denkbar. Das zweite, eher pessimistische, würde mit unserem eingangs geschilderten Untersuchungsdesign korrespondieren, das von einem geringen Einfluss des regionalen Institutionendesigns auf den *outcome* regionaler Politik ausgeht. Die so genannten *sunk costs* der formalen Institutionen (vgl. oben) sind, anders als in konsolidierten Demokratien, nicht hoch genug, um die politischen Eliten von permanenten Veränderungen und Restrukturierungen abzuhalten. Solange sich alle bzw. viele Beteiligte gegenüber der politischen und rechtlichen Ordnung überwiegend instrumentell verhalten, bleibt das Misstrauen gegenüber vorläufigen institutionellen Lösungen – und damit die Neigung, diese wieder zu verändern – zudem stark ausgeprägt.

(4) *Soziale Einbettung von Institutionen*: Ich schließe nun die letzte Überlegung an, die der Zerbrechlichkeit und geringen Stabilität von Institutionen in postsowjetischen Ländern eine weitere Komponente hinzufügt: Untersuchungen zur gesellschaftlichen Einbettung von Institutionen zeigen in unserem Zusammenhang, dass die Stärke neu etablierter Institutionen abhängig ist von der Gestalt der (nationalen und regionalen) Parteiensysteme, dem Partizipationsniveau, der Anzahl und Stärke zivilgesellschaftlicher Organisationen und der inneren demokratischen Struktur von Parteien und Assoziationen.⁴⁷ Sind Zivilgesellschaft und Parteien schwach, können politische und ökonomische Eliten formale Institutionen wesentlich einfacher verändern, abschaffen und neu erfinden, ohne mit nachhaltigen Restriktionen konfrontiert zu sein. Sie verhalten sich dann voraussichtlich deutlich weniger responsiv und sind in ihrem Handlungsspielraum vornehmlich durch die mehr oder weniger erforderliche Machtteilung mit anderen Machteliten eingeschränkt, weniger jedoch durch gesellschaftliche Kontrolle.

Ein besonders prägnantes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die vergangene Legislaturperiode in der Ukraine, in der statistisch gesehen auf jeden Abgeordneten mindestens zwei Fraktionswechsel kamen: Der Wählerwille zeitigte hier keinerlei Wirkung. Da die Parteibindung der Amtsinhaber schwach und der Personalisierungsgrad in den Protoparteien gleichzeitig hoch ist, können politische Unternehmer ihre Organisationen als Kristal-

⁴⁷ Vgl. z. B. Tatur (2004a) und Tatur (2004b).

liskern vertikaler, klientelistischer Beziehungsmuster verwenden. Gesellschaftliche Organisationen bilden dabei kein hinreichendes Gegengewicht.

Das Argument einer notwendigen sozialen Einbettung lässt sich anhand der regionalen Politik besonders gut überprüfen, da dort soziale Beziehungen aufgrund der Kleinräumigkeit tendenziell enger und persönlicher sind als auf nationalstaatlicher Ebene. Erweisen sich diese regional definierten persönlichen Netzwerke als exklusiv und schwer kontrollierbar, können sie zu einer Quelle von Klientelismus und Amtsmissbrauch werden.⁴⁸ Es gibt somit hinreichend Gründe zur Annahme, dass die soziale Einbettung von Institutionen ein entscheidender Faktor ist, um die künftige Institutionenbildung in postsowjetischen Ländern zu untersuchen.

Fazit

Die Frage, wie politische Institutionen und die Rechtsordnung eine bessere Bindekraft entfalten können, wird in den kommenden Jahren weiterhin eine zentrale Weiche für die Entwicklung der postsowjetischen Staaten sein. Der instrumentelle Umgang mit formalen Institutionen geht in diesen Ländern einher mit einem Rückgriff der Eliten auf vertikale, klientelistische Beziehungen. Die Schwäche der formalen Institutionen verzögert und beeinträchtigt dabei die demokratische und wirtschaftliche Konsolidierung. Russland und die Ukraine stellen aufgrund ihrer regionalen Vielfalt geradezu optimale Forschungslaboren dar, um solche Prozesse der Institutionenbildung vergleichend zu untersuchen.

Im vorliegenden Beitrag wurde der Versuch unternommen, aus unterschiedlichen theoretischen Quellen ein Analysekonzept zu entwerfen, das für eine Untersuchung des raschen institutionellen Wandels in postsowjetischen Ländern geeignet ist. Ausgangspunkt war ein empirisch angelegtes Vergleichsdesign, das die regionale Institutionenentwicklung in Russland und in der Ukraine zum Gegenstand hat. Dieses Untersuchungskonzept will zur Erklärung beitragen, warum, erstens, der Grad an Informalität in postsowjetischen Ländern ausgesprochen hoch ist und wie sich, zweitens, formale und informale Institutionen zueinander verhalten. Indem zwei verschiedene theoretische Stränge, der Historische und der Ökonomische Institutionalismus, mit Überlegungen des neuen Regionalismus zusammengefügt wurden, sollte vermieden werden, dass sich Erklärungen ungeprüft auf die Wirkungsmacht des „historischen Erbes“ zurückziehen und Veränderungen durch eine Fehlkonstruktion des Analysekonzepts systematisch ausgeblendet werden. Das Untersuchungskonzept soll weiter – z. B. im Sinne idealtypischer Handlungs- und Interaktionssituationen – elaboriert und anschließend auf der Grundlage empirischer Untersuchungen überprüft werden.

Der Beitrag geht von zwei möglichen Entwicklungsszenarien aus: Während das optimistische annimmt, dass sich die Akteure im Laufe der Zeit stärker an formale Institutionen halten und unterstützende informale Regeln entwickeln werden, geht das zweite, pessimistische, von einer langfristigen Dominanz informaler Beziehungsmuster aus, die die politische Ordnung beeinträchtigen. Beide Perspektiven lassen sich durch die hier vorgenommene Kombination von Historischem und Ökonomischem Institutionalismus theoretisch begründen. Künftige Forschungen sollten versuchen, typische Spiel- und Handlungssituationen zu modellieren, die Aufschluss über die Anreizwirkung von Institutionen

⁴⁸ Vgl. Tatur (2004a: 39); für Bundesstaaten ähnlich: Benz (2002).

geben. Es wird darauf ankommen zu zeigen, welche Entwicklungspfade in beiden Ländern durch diese strategisch motivierte Institutionenwahl „einrasten“ und ob sich effizient arbeitende und Demokratie fördernde Institutionen ausbilden können.

Literatur

- BAURMANN, Michael. „Mehrheit ohne Moral? Warum demokratische Entscheidungen ethische Prinzipien erfordern“, in: Christoph LÜTGE und Gerhard VOLLMER (Hrsg.). *Fakten statt Normen? Zur Rolle einzelwissenschaftlicher Argumente in einer naturalistischen Ethik*. Baden-Baden 2004, 153-176.
- BENZ, Arthur. „Themen, Probleme und Perspektiven der vergleichenden Föderalismusforschung“, in: Arthur BENZ und Gerhard LEHMBRUCH (Hrsg.). *Föderalismus. Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive* (Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift* 32/2001). Wiesbaden 2002, 9-50.
- BENZ, Arthur. „Föderalismus und Demokratie. Eine Untersuchung zum Zusammenwirken zweier Verfassungsprinzipien“, *polis* 57 (2003).
- BERG-SCHLOSSER, Dirk. „Makro-qualitative vergleichende Methoden“, in: Sabine KROPP und Michael MINKENBERG (Hrsg.). *Vergleichen in der Politikwissenschaft*. Wiesbaden 2005, 170-179.
- CRAWFORD, Beverly und Arend LIJPHART. „Explaining Political and Economic Change in Post-Communist Eastern Europe. Old Legacies, New Institutions, Hegemonic Norms, and International Pressures“, *Comparative Political Studies* 28 (1995), 171-199.
- GEL'MAN, Vladimir. „The Unrule of Law in the Making: the Politics of Informal Institution Building in Russia“, *Europe-Asia Studies* 56 (2004), 1021-1040.
- GILKA-BÖTZOW, Agnes und Sabine KROPP. „Regionale Aspekte der Institutionenentwicklung in Russland und der Ukraine“, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (im Druck).
- GOODIN, Robert E. „Institutions and Their Design“, in: Robert E. GOODIN (Hrsg.). *The Theory of Institutional Design*. Cambridge 1996, 1-53.
- HALL, Peter A. und Rosemary C. R. TAYLOR. „Political Science and the Three New Institutionalisms“, *Political Studies* XLIV (1996), 936-957.
- HAY, Colin und Daniel WINCOTT. „Structure, Agency and Historical Institutionalism“, *Political Studies* XLVI (1998), 951-957.
- IMMERGUT, Ellen. *Health Politics*. Cambridge 1992.
- IMMERGUT, Ellen. „The Normative Roots of the New Institutionalism: Historical-Institutionalism and Comparative Policy Studies“, in: Arthur BENZ und Wolfgang SEIBEL (Hrsg.). *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz*. Baden-Baden 1997, 325-355.
- KEATING, Michael. „The Political Economy of Regionalism“, in: Michael KEATING und John LOUGHLIN (Hrsg.). *The Political Economy of Regionalism*. London und Portland 1996, 17-40.
- KEATING, Michael, John LOUGHLIN und Kris DESCHOUWER (Hrsg.). *Culture, Institutions and Economic Development. A Study of Eight European Regions*. Cheltenham und Northampton 2003.
- KINGDON, John W. *Agendas, Alternatives and Public Policies*. New York ²1995.
- KROPP, Sabine. „Demokratie und föderalstaatliche Entwicklung in Transformationsprozessen. Überlegungen am Beispiel des Russländischen Föderalismus“, in: Paul J.J. WELFENS und Hans Gerhard STROHE (Hrsg.). *Globalisierung und regionale Modernisierung von Wirtschaft und Politik*. Köln 2005, 269-299.

- LIJPHART, Arend. „Comparative Politics and the Comparative Method“, *American Political Science Review* 65 (1971), 682-693.
- MARCH, James G. und Johan P. OLSEN. *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. London 1989.
- MARSH, Christopher. „Social capital and democracy in Russia“, *Communist and Post-Communist Studies* 33 (2000), 183-199.
- MERKEL, Wolfgang und Aurel CROISSANT. „Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien“, *Politische Vierteljahresschrift* 41 (2000), 3-30.
- MEYER, John W. und Brian ROWAN. „Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony“, in: Walter W. POWELL und Paul J. DIMAGGIO (Hrsg.). *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago und London 1991, 41-62.
- NORTH, Douglass C. *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*. Tübingen 1992.
- PATZELT, Werner J. „Wissenschaftstheoretische Grundlagen sozialwissenschaftlichen Vergleichens“, in: Sabine KROPP und Michael MINKENBERG (Hrsg.). *Vergleichen in der Politikwissenschaft*. Wiesbaden 2005, 16-54.
- PIERSON, Paul. *Politics in Time. History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton, NJ, 2004.
- PLEINES, Heiko. *Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994-99)*. Münster u. a. 2003.
- PLEINES, Heiko. *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004*. Münster u. a. 2005.
- RÜB, Friedbert W. „Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen“, in: Wolfgang MERKEL (Hrsg.). *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen 1994, 111-137.
- SARTORI, Giovanni. „Concept Misformation in Comparative Politics“, *American Political Science Review* 64 (1970), 1033-1053.
- SCHULZE-FIELITZ, Helmuth. *Der informale Verfassungsstaat. Aktuelle Beobachtungen des Verfassungslebens der Bundesrepublik Deutschland im Lichte der Verfassungstheorie*. Berlin 1984.
- STACK, Graham. „Transformations in Russia. A neoinstitutionalist interpretation“, *Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin* 11 (1997).
- SHUGART, Matthew Soberg und John M. CAREY. *Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics*. Cambridge 1992.
- TATUR, Melanie. „Introduction: Conceptualising the Analysis of ‘Making Regions’ in Post-Socialist Europe“, in: Melanie TATUR (Hrsg.). *The Making of Regions in Post-Socialist Europe – The Impact of Culture, Economic Structure and Institutions*. Bd. I. Wiesbaden 2004a, 15-47.
- TATUR, Melanie. „Comparative Conclusion: Institutions, Socio-Economic Structure, and History – Explaining Diversity in Making Regions“, in: Melanie TATUR (Hrsg.). *The Making of Regions in Post-Socialist Europe – The Impact of Culture, Economic Structure and Institutions*. Bd. I. Wiesbaden 2004b, 355-416.
- THELEN, Kathleen. „Historical Institutionalism in Comparative Politics“, *Annual Review of Political Science* 2 (1999), 369-404.
- ZAHARIADIS, Nikolaos. „Ambiguity, Time, and Multiple Streams“, in: Paul A. SABATIER (Hrsg.). *Theories of the Policy Process*. Boulder, CO, 1999, 73-93.

